Auszug aus der 2. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 26.08.09

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2009 und Haushaltskonsolidierungskonzept Vorlage: V/2009/08103

Gemäß Antrag der **Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM** erfolgt ein Wortprotokoll.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Herr Geier.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal:
Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren Stadträte! Bevor ich anfange, bedanke ich mich noch mal bei dem Kollegen Herrn Neumann für die engagierte Vertretung im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Vielen Dank!

Ich möchte noch einmal in aller Kürze die Gemengelage zu dem Nachtragshaushalt 2009 darstellen. Ich denke auch, dass das noch mal ganz wichtig ist für die neu hinzugekommenen Stadträte.

Wir haben auf der einen Seite den Verwaltungshaushalt, auf der anderen Seite den Vermögenshaushalt mit den Investitionen, die da dahinter stehen. Es gab einen Beschluss im Februar, wo der Verwaltungshaushalt, d. h. die laufenden Einnahmen und Ausgaben, eine Deckungslücke von 28 Mio. € aufwiesen. Und wir haben uns hier im Stadtrat gemeinschaftlich darauf verständigt in einen Widerspruch zu gehen und gegenüber dem Landesverwaltungsamt die Unangemessenheit einer erfolgten Beanstandung darzulegen.

Unser Vorschlag war ein Widerspruch, der basiert auf einer Deckungslücke zum Jahresende 2009 in Höhe von 14 Mio. €. Diese 14 Mio. € und die Positionen und die Argumentation, die dahinter liegt, hat auch das Landesverwaltungsamt mit seinem Schreiben vom 22. Juni 2009 so anerkannt. Wir haben in der Sitzung im Juni über dieses Schreiben und über das weitere Vorgehen zur Haushaltssatzung gesprochen.

Allerdings steht natürlich in diesem Schreiben, dass eine Nachtragshaushaltssatzung zu erstellen ist, dass das unverzüglich zu erfolgen hat und dass unsere Argumentation inhaltlich wie zahlenmäßig in diesem Nachtragshaushalt abzubilden ist. Genau dieses Papier liegt Ihnen jetzt vor, d. h. also die Argumentation aus dem Widerspruch ist in dem Haushalt abgebildet. Wir erfüllen damit diese Anordnung, die uns das Landesverwaltungsamt ins Buch geschrieben hat. Und wir tun das auch übrigens im Hinblick auf die Zeitschiene, die in diesem Zusammenhang zu beachten ist, nämlich bei der nächstmöglichen Stadtratssitzung nach der Konstituierung und nach der Sommerpause.

Wir müssen das auch tun, weil diese Anordnung rechtlich gesehen bestandskräftig ist. Das heißt also, wir sind jetzt auch im Wort, den Widerspruch und unsere Argumentation gegenüber dem Landesverwaltungsamt entsprechend umzusetzen.

Wir haben Ihnen die Zahlen, wie wir von 28 Mio. € auf 14 Mio. € kommen wollen, entsprechend untersetzt. Und da gab es natürlich eine Position, das ist diese pauschale Budgetkürzung von 3,7 Mio. €, an der sich Diskussionen hochgezogen haben.

Ich möchte jetzt einfach mal verdeutlichen, dass wir eben gerade nicht eine neue „Bunte Liste“ hier in die Ratsdiskussion eingebracht haben - Sie erinnern sich, die „Bunte Liste“ war eine Zusammenstellung von freiwilligen Leistungen, die hier zur Diskussion und Kürzung gestellt wurden. Das haben wir gerade nicht getan. Sondern wir haben hier einen Vorschlag unterbreitet, der auf Sachausgaben geht, der auch die Verwaltung selber mit sich in die Prüfung bringt. Das heißt also, dass wir auch Sachausgaben anschauen, die die eigene Verwaltung betreffen. Und dass wir auch in der einen oder anderen Pflichtaufgabe schauen, ob diese in der Form und dem Umfang notwendig ist.

Deshalb ist dieser Vorschlag so erfolgt. Und dieser Vorschlag basiert auf Einschätzungen und auch auf Ergebnissen unserer Haushaltssperre von 2008. Also, die Zahl ist nicht frei aus dem Raum gegriffen.

Was wäre jetzt, wenn wir unter dieser Gemengelage und mit dem Hintergrund dieses Schreibens des Landesverwaltungsamtes nicht die Nachtragshaushaltssatzung beschließen würden?

Wir würden wieder zurückfallen in die sogenannte vorläufige Haushaltsführung. Auch da haben wir die Diskussion schon geführt, dass dann in der vorläufigen Haushaltsführung streng die Regeln der Gemeindeordnung gelten, dass dann auch die Verwaltung handeln muss. Wir würden zweitens im Vermögenshaushalt keine Neubeginne machen können. Und wir hätten wieder neue Diskussionen zu führen in dem Bereich der freiwilligen Aufgaben.

Und das kann doch von uns nach diesen langwierigen detaillierten Diskussionen und Etatberatungen nicht gewollt sein, jetzt am Ende dieser Strecke. Ich möchte das einfach nur noch mal hier sensibilisieren.

Der zweite Teil ist der Vermögenshaushalt. Wir haben in diesen Nachtragshaushalt eingebaut dieses ganze Thema Konjunkturpaket II. Denn obwohl wir da alle möglichen großzügigen Optionen in der Handhabung und Umsetzung dieser Maßnahmen haben, müssen wir trotzdem formal eine Etatisierung dieser Maßnahmen und die entsprechende Kreditabsicherung unserer Eigenanteile in Höhe von 12,5 % nachweisen. Das passiert mit diesem Nachtrag.

Es wäre hier vielleicht noch zu verdeutlichen, dass wir, wenn wir den Nachtragshaushalt heute beschließen, von einem Investitionsvolumen sprechen, das bei den normalen Investitionen bei 46 Mio. € und bei den Konjunkturpaket II-Investitionen bei insgesamt 36 Mio. € für die Jahre 2009 und 2010 liegt. Das heißt also wir haben hier ein Investitionsvolumen von 82 Mio. €.

Ich bin der Meinung, dass man in der Diktion dieses Konjunkturpaketes mit der Situation, wie sie sich im Moment wirtschaftlich darstellt, eben genau in diese Richtung gehen muss. Man muss in dieser Situation Investitionen unterstützen und befördern, man muss damit versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln und das ist ein Teil, den auch die Stadt Halle als Teil der öffentlichen Hand tun kann und auch in diesem Fall tun muss.

Insofern bitte ich dringend darum, auch diesen Aspekt zu beachten und auch in diesem Sinne diese Nachtragshaushaltssatzung zu beschließen. Die Folge daraus, würden wir das wieder nicht tun, dann hätten wir irgendwann ein Problem, zeitlich die Konjunkturpaket II-Maßnahmen umzusetzen.

Und ich habe Ihnen einfach mal so zur Anschauung einen Ordner mitgebracht. Das ist ein Vorgang Konjunkturpaket II. Also das heißt da hängt ja auch viel Verwaltungsarbeit dahinter. Das darf meines Erachtens zeitlich nicht ins Stocken geraten, sondern da muss es einfach freie Fahrt geben.

Dann wäre weiterhin das Problem der Zusätzlichkeit, weil man muss ja trotzdem schauen, dass diese Konjunkturpaket II-Maßnahmen in der Gesamtfinanzierung abgesichert sein müssen. Das würde aber wieder bedeuten, dass man möglicherweise bestimmte Investitionen, die man im normalen Vermögenshaushalt vorgesehen hat, so nicht durchführen könnte.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wenn wir diesen Nachtragshaushalt heute beschließen, etwas tun für die Wirtschaft, ein Investitionsvolumen von 82 Mio. € in Gang setzen und diese Zahl müssen Sie mal bitte ins Verhältnis setzen zu diesen 3,7 Mio. €, die wir pauschal hier zur Beschlussfassung beantragen.

Bitte beachten Sie diese Argumente in Ihrer Abwägung und Entscheidungsfindung. Und ich möchte Sie zum Schluss ganz herzlich darum bitten, dass Sie heute diesen Nachtragshaushalt beschließen. Vielen Dank!

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Nach dieser Einbringungsrede gibt es Gesprächsbedarf?
Herr Bönisch.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion:
Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind hier in eine wirklich interessante schwierige Situation geraten. Wir hatten die Haushaltsdiskussion geführt, im Februar - glaube ich - beschlossen und hatten uns mit 28 Mio. € Defizit einen Haushalt zusammengebastelt; sehr verantwortlich mit allen Diskussionen geführt, schwierig auch damals die konkreten Ansätze im Einzelfall nachzuvollziehen.

Dann kam die Ablehnung durch das Landesverwaltungsamt durch die Kommunalaufsicht und wir hatten im Stadtrat beschlossen, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, in Widerspruch zu gehen. Das hat sie dann auch gemacht. Wir haben aber keinen Beschluss mitgegeben, auf welche Weise das passieren sollte.

Die Oberbürgermeisterin hat den Weg gewählt, sozusagen der Kommunalaufsicht eine Minderung unseres Defizits, d. h. also verstärkte Sparbemühungen, anzubieten. Und die Kommunalaufsicht ist darauf eingegangen. Wir haben also im Moment einen genehmigten Haushalt und es ist damit die Auflage verbunden wurden, einen Nachtragshaushalt in Gang zu setzen, bei dem dann letztendlich das Defizit in diesem Jahr bei 14 Mio. € liegt. Und diese Reduzierung von 28 Mio. € auf 14 Mio. € ist jetzt zu untersetzen.

Da hat die Verwaltung uns Vorgaben gemacht, es wird eine ganze Menge im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft geleistet, also Zinsen 4,5 Mio. €. Dann wird gesagt im Bereich KITA im Prinzip rund 4,5 Mio. € - also die 2,65 Mio. € sind schon ganz klar untersetzt, die sind schon da. Die übrigen 2 Mio. € - 1 Mio. € im Bereich der Freien Träger und 1 Mio. € im Bereich unseres eigenen Betriebs KITA - sind die Erwartungen der Verwaltung an Ausgaben, an Zuschussminderung durch die erhöhten Gebühren, die wir ja im Mai beschlossen haben.

Insoweit man kann das versuchen im Einzelnen nachzurechnen, man kann es aber auch lassen, weil das kann man nicht selbst und wenn das die Meinung der Verwaltung ist, die den Zugang zu diesen Zahlen hat, dann kann man es glauben oder lassen. Wir glauben es mal, optimistisch wie wir sind.

Und dann haben wir eine Liste bekommen, das ist der eigentliche Schmerzpunkt - 3,75 Mio. € globale Minderausgabe. Ich will mal sagen was das heißt. Das heißt also, wir sagen, wir fassen den Haushalt nicht in seinen einzelnen Stellen an, die wir so alle beschlossen haben mit den Unterabschnitten und Einzelpositionen, sondern wir sagen einfach, Verwaltung mach mal, 3,75 Mio. € kannst du sparen wo du willst. Also wir geben jetzt mal einen Freibrief und sagen, Hauptsache du sparst es und in Summe kommt das raus. Und da gab es dann auch eine Untersetzungsliste, die liegt uns vor, die nur soweit geht, dass die Dezernate eine Sparauflage oder eine Ansage zugeordnet bekommen haben, der und der Betrag soll in dem Dezernat kommen, der und der Betrag in dem.

Und das ist so, dass da Punkte drin stehen, mit denen man so partout nicht leben möchte. Und es gibt auch Punkte, wo man sagen kann, naja, wenn die Verwaltung meint das geht so, dann z. B. bei Beschaffung, bei Geschäftsausstattung, wo wir dann aber schon durch die letzt jährigen Haushaltssperren, die wir immer wieder hatten - denke ich - eigentlich hier in einen Bereich reingeraten, wo Defizite sich immer kumulieren. Wenn also dieses Jahr kein Computer gekauft wird, der eigentlich im vergangenen Jahr schon gekauft werden müsste, dann können wir nicht sagen, wir brauchen den Computer nicht, sondern dann kommt das eben im nächsten Jahr. Also so ein bisschen Optimismus und ein bisschen Schieben ist dabei.

Aber die Verwaltung hat jetzt hier so eine Ansage gemacht und die Kommunalaufsicht hat auch nicht von uns verlangt, dass wir im nächsten Jahr wieder keinen Computer kaufen, sondern die haben gesagt, wir sollen in diesem Jahr 14 Mio. € Defizit einhalten. Das ist ohnehin ein sehr fragwürdiges Verfahren, aber das ist vielleicht nicht hier die Stelle, wo wir das weiter vertiefen müssen. Das muss aber allerdings mal prinzipieller geklärt werden.

Jetzt haben wir also diese Liste bekommen und dann guckt man rein und sagt sich, naja, damit können wir leben oder damit können wir nicht leben und fragt sich auch nach den Alternativen. Wenn wir jetzt also den Nachtragshaushalt mittragen, dann geben wir der Verwaltung freie Hand 3,75 Mio. € zu sparen, wo sie es für richtig hält, ungefähr das, was wir in den Dezernatslisten hier stehen haben. Wobei man das zu guter Letzt wir dort nicht überprüfen können und wo das auch nicht wirklich Beschlusslage ist, es ist nur eine Ansage. Also diese Liste, die wir hier bekommen haben, wie das auf die Dezernate aufzuteilen ist, ist nicht Gegenstand des Beschlusses, sondern das ist nur die Untersetzung der Verwaltung, wir werden das so und so machen und wir werden das schaffen.

Also die Alternative - darauf wollte ich eingehen. Die Alternative ist, wir tragen den Haushalt nicht mit, dann haben wir eben keinen bestätigten Nachtrag jetzt geschaffen. Dann ist die Kommunalaufsicht auch mit ihrer Auflage - wird dann wieder aktiv werden und wird sagen, dann entziehen wir euch die Genehmigung des Haushaltes, dann haben wir eben wieder keinen genehmigten Haushalt. Und dann wird gespart genau an der gleichen Stelle, wo gespart wird, wenn wir ja sagen, nämlich da, wo die Verwaltung will. Dann haben wir gar keine Einflussmöglichkeiten darauf. Dann heißt es, es ist Haushaltssperre und die Ausgaben, die getätigt werden, die richten sich nicht unbedingt nach dem, was im Haushaltsplan aufgeschrieben ist, sondern so, wo die Verwaltung meint, hier können wir noch etwas sparen.

Es ist auch richtig, dass die Verwaltung so denken sollte, bloß das muss halt dann mit Nachhaltigkeit auch wirken. Es macht, wie gesagt, nicht viel Sinn, wenn wir in diesem Jahr an Stellen sparen, die uns im nächsten Jahr möglicherweise dann doppelt auf die Füße fallen. Ich sage mal in Fragen des Computers, dann kann man vielleicht noch erwarten, dass die Preise weiter sinken, die sind schon stetig gesunken.

Aber im Fall von - und das will ich jetzt gleich mal als ein Thema ansprechen - Straßenunterhaltungsmaßnahmen, da kann ich mir partout nicht vorstellen, dass es im nächsten Jahr für das gleiche Geld zu machen geht, was in diesem Jahr gemacht werden kann. Und dass wir im Bereich dieser z. B. Straßenunterhaltungsmaßnahmen, die ja auch eigentlich mit dem Bereich der Gefahrenabwehr zu tun haben, lässt es mich ohnehin in meinen Augen suspekt erscheinen, dass das überhaupt mit auf der Sparliste steht. Denn Gefahrenabwehr ist Pflichtaufgabe und da können wir gucken wo wir wollen, da dürfen wir eigentlich gar nicht sparen, denn wenn zu guter Letzt ein Mensch zu Schaden kommt, weil wir das Schlagloch nicht repariert haben oder ein Gullyloch offen stehen geblieben ist, was wir hätten ausbessern sollen, da sind wir in der Pflicht.

Insofern haben wir in der Fraktion überlegt, was machen wir denn jetzt nun in dieser Situation. Man kann das überschreiben mit: Wir haben die Wahl zwischen Pest und Cholera. Zu guter Letzt entscheidet die Verwaltung eh, was gemacht wird. Aber dann kann man jetzt sich auch wieder auf den Standpunkt stellen, glauben wir und trauen wir der Verwaltung das zu oder tun wir es nicht.

Wir haben Abflusslisten verlangt. Das heißt wir wollten wissen, wie stehen wir denn jetzt, denn wir haben die meiste Zeit des Jahres schon mit einer Haushaltssperre verbracht. Also die Haushaltssperre ist nie aufgehoben worden. Meines Wissens auch nicht, als wir die Genehmigung des Haushaltes bekommen haben. Wir haben also einen genehmigten Haushalt und trotzdem eine Haushaltssperre. Und in diesen Abflusslisten wollten wir sehen, wie viel ist denn jetzt schon gespart wurden durch die bisherige Haushaltssperre.

Jetzt haben wir eine Liste bekommen, da stehen die Ist-Zahlen aber gar nicht so drin wie ursprünglich von mir erwartet, sondern in dieser Spalte „Soll zum 30.06.09“ steht das sogenannte Anordnungs-Soll. Das Anordnungs-Soll - wurde mir erklärt - heißt, da sind die tatsächlichen Ist-Zahlen drin plus die Verpflichtungen, die schon feststehen für das zweite Halbjahr. Also vertragliche Bindungen etwa oder gesetzliche Verpflichtungen.

Dann kann man in die Einzellisten gucken der Dezernate. Das sieht hier und da mal ein bisschen interessanter oder weniger interessant aus, aber interessant ist das Deckblatt, die Seite 1. Da steht nämlich ganz unten, wir sind jetzt bei diesem Soll zum 30.06.09 bei 43,7 %. Und wenn man sich mal ausrechnet was 50 % gewesen wären, der Planansatz steht ja da, dann landet man bei 173 Mio. € gegen 151 Mio. €, d. h. wir sind bei ungefähr 22 Mio. € weniger als eigentlich zum 30.06.09 zu erwarten gewesen wäre.

Nun weiß ich, dass man das nicht so genau so sehen darf. Aber die Zahl macht doch ziemlich optimistisch. Ganz ehrlich gesagt, dass man die 3,7 Mio. € die globale Minderausgabe… 14 Mio. € sind ja eh schon die Ansage müssen es weniger werden als in dem Plan. Das wären auf das Jahr runtergebrochen 7 Mio. € für das erste Halbjahr gewesen. Jetzt sind wir bei 22 Mio. € weniger. Dann sage ich mal, auch wenn im zweiten Halbjahr noch ganz besondere Ausgaben anstehen - und es stehen etliche an: Konjunkturpaket ist nicht angelaufen, Co-Finanzierung und manches andere auch -, aber trotzdem ist das für uns Anlass genug zu sagen, gut wir sind optimistisch, dass die Einsparung auf diese Weise erbracht werden kann.

Aber wir möchten so ein bisschen Schwerpunkte setzen wollen. Und zwar tatsächlich in dem Punkt Straßenunterhaltung. Da sind jetzt in der Untersetzungsliste 432.000 € erwähnt. Da möchten wir darauf hinweisen, dass das eine Leistung der Gefahrenabwehr ist und eigentlich als allerletzte Sparmaßnahme herangezogen werden dürfte. Und da die Abschlusszahlen so aussehen, als seien eigentlich diese 3,75 Mio. € im Prinzip schon erbracht, möchten wir die Oberbürgermeisterin bitten, genau an diesem Punkt tätig zu werden und zu sagen, nimm das was wirklich gefährlich werden kann.

Und dass Gefahrenabwehr ein wichtiger Sachverhalt ist, das haben wir ja jetzt an der Schule „Am Jägerplatz“ gesehen. Das sind auch Gefahren, da ist auch an der falschen Stelle wohl ein bisschen gespart wurden. Durch wen, will ich jetzt gar nicht hier diskutieren. Aber genau das kann uns auch passieren, wenn Unfälle auf der Straße passieren.

Also diese 432.000 € hätten wir am liebsten gestrichen. Uns reicht aber auch eine Zusage Ihrerseits zu sagen, wir machen unsere Sparmaßnahmen und wenn wir irgend sehen, dass Luft ist, dann bleibt genau dort dieses Geld stehen und wird auch umgesetzt, wird auch verbaut in der Straßenunterhaltung.

Und der zweite wichtige Punkt ist auch wieder mit dem Beispiel Jägerplatz ganz gut zu belegen, aber auch durch andere Beispiele. Jeder, der sich mit der Materie befasst, weiß das. Genau in der Schulausstattung sind wir auch nicht sehr opulent herangegangen, schon im Planansatz. Dort jetzt noch mal nennenswert zu streichen und zu kürzen, das wäre uns wirklich suspekt.

Also wir glauben aufgrund der Liste, die wir bekommen haben, dass es auch gehen muss, die 3,75 Mio. € als globale Minderausgabe einzusparen und dabei die Bereiche Straßenunterhaltung und Schulausstattung nicht anfassen zu müssen. Und dazu hätten wir gerne noch eine Aussage der Verwaltung. Dann kann die Mehrheit der Fraktion dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Danke Herr Bönisch.

Ich habe das vergessen zu erwähnen. Aber Herr Bönisch hat es uns vorgemacht. Er hat die Redezeit entgrenzt. Ich schlage vor, dass aus jeder Fraktion einer da auch grundsätzlich drüber sprechen kann. Ansonsten achten wir bitte auf Redezeit.

Jetzt ist Herr Weihrich dran.

Wir sind ja in einer Art Haushaltsdiskussion, wo wir das auch immer entgrenzen.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde meine Redezeit von 5 Minuten, die mir sowieso zusteht, auch einhalten, weil ich nämlich darauf verzichten werde, die ganze Historie noch mal aufzuarbeiten. Ich denke, dass ist jetzt zur Genüge getan.

Ich will vielleicht nur vorab, bevor ich die Meinung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darlege, noch mal auf einen Punkt eingehen, den Herr Bönisch hier so hervorgehoben hat, nämlich die Tatsache, dass das Festlegungs-Soll im Moment bei ca. 43,7 % liegt. Ich denke, aus meiner Sicht sagt das überhaupt nichts darüber aus, ob wir zum jetzigen Zeitpunkt diese 14 Mio. € schon eingespart haben. Wir wissen nämlich nicht, inwieweit für das zweite Halbjahr möglicherweise die Zahlen deutlich überschritten werden.

Also das wäre nur insofern gerechtfertigt, hier eine Aussage abzuleiten, wenn wir es im Vergleich zu den Vorjahren hätten. Also wenn wir die Prozentzahl für die Vorjahre hätten und da nachweisen könnten, dass wir zum 30.06.09 ein Festlegungs-Soll von 50 % oder vielleicht sogar drüber gehabt hätten, in Prozent ausgedrückt. Also insofern kann man mit Sicherheit jetzt nicht sagen, wir haben schon 20 Mio. € eingespart. Und das nur vorab.

Ich möchte ganz deutlich sagen, dass für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Beschlussvorlage nicht überzeugt dargelegt werden konnte, dass es realistisch ist, diese 14 Mio. € zu erreichen. Herr Bönisch hat gesagt, man kann das glauben und man kann es nicht glauben. Wir glauben es nicht, weil es aus unserer Sicht die Zahlen einfach nicht hergeben.

Ganz besonders diese globale Minderausgabe von 3,7 Mio. € kann aus unserer Sicht absolut nicht erzielt werden. Ich will das mal ganz deutlich sagen. 1 Mio. € sollen allein bei der Geschäftsausstattung eingespart werden, also bei Papier, Bleistiften oder Druckerpatronen. Das halte ich für vollkommen unmöglich, das so zu erreichen. Das ist übrigens ohne EDV, weil für die EDV ist noch mal ein Extraposten von ca. 350.000 € geplant.

Andere Punkte, die hat Herr Bönisch auch schon erwähnt, sind aus unserer Sicht auch nicht sinnvoll, hier zu sparen. Herr Bönisch nannte schon Schulausstattung und die Straßenunterhaltung. Und ich möchte hier noch, da war aber auch Konsens im Hauptausschuss, das Semesterticket hinzufügen. Ganz klar, wir haben in diesem Jahr beschlossen, das Semesterticket einzuführen, um Studierende dazu zu bewegen, hier in Halle ihren Erstwohnsitz zu nehmen und dann auf lange Sicht auch wieder zu einer Haushaltsentlastung durch eine höhere Einwohnerzahl zu kommen. Und ich denke, daran sollten wir auch festhalten.

Zur Straßenunterhaltung, wozu aus unserer Sicht auch die Radwege gehören, möchte ich nur noch mal sagen, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatung ja darüber diskutiert haben, dass 1 Mio. € zusätzlich erforderlich wären, um in der Straßenunterhaltung einen Sanierungsrückstau zu vermeiden. Und jetzt auf einmal ist davon die Rede, 500.000 € einzusparen. Also das ist eine Lücke von plötzlich 1,5 Mio. €. Und mich würde mal interessieren, was Herr Dr. Pohlack zu diesem Betrag zu sagen hat.

Ich denke, das gerade nach diesem strengen Winter es auch notwendig wäre, hier eigentlich einen höheren Ansatz zu fahren, um die Schäden, die entstanden sind nach dem Winter, zu beheben.

Ich möchte noch hinzufügen, dass in dem Haushalt ja insgesamt noch weitere Risiken stecken, die zum jetzigen Zeitpunkt deutlich geworden sind, wie z. B. die 400.000 € aus der Bäderprivatisierung, die ursprünglich mal drinstehen, die man eigentlich in den Nachtragshaushalt auch mit einberechnen würde. Also die müsste man eigentlich als Defizit noch obendrauf rechnen, weil die ja mit Sicherheit in diesem Jahr nicht mehr kommen.

Interessant finde ich auch das vorgelegte Material dahingehend bei den Zahlen, die für die Steuereinnahmen genannt wurden. Da insbesondere die Zahlen für die Einkommenssteuer und die Umsatzsteuer. Hier möchte ich darauf verweisen, dass nach dem jetzigen Stand die geplanten Einnahmen zum 30.06.09 nur zu 25 % ausgeschöpft sind. Also möglicherweise stecken hier auch noch mal Risiken drin.

Was noch wichtiger ist aus unserer Sicht, dass wir die gesamte Vorgehensweise auch politisch für falsch halten. Denn - ich will mal deutlich machen - wie glaubwürdig macht sich denn die Stadt Halle, wenn sie auf der einen Seite im Rahmen des FAG (Finanzausgleichsgesetzes) Diskussionen führe, Zuweisungen des Landes fordert und auf der anderen Seite darlegt, dass man ebenso 14 Mio. € aus diesem Haushalt rausziehen kann, der ja in diesem Jahr schon auf Kante genäht war.

Deshalb plädieren wir ganz eindeutig im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit dafür, dass man zum jetzigen Zeitpunkt nur wirklich sichere Posten in diesen Nachtragshaushalt einrechnet, wohl wissend, dass wir diese 14 Mio. € dann nicht erreichen werden und auch gegen die Verfügung des Landesverwaltungsamtes verstoßen werden. Denn wir sind der Auffassung, dass der Konflikt mit dem Landesverwaltungsamt uns sowieso spätestens nächstes Jahr ins Haus steht und es viel besser ist, diese Konfliktlinie jetzt schon auszufechten.

Ich denke, wir sollten zum jetzigen Zeitpunkt schon deutlich machen, dass jetzt absolut Ende der Fahnenstange ist, anstatt uns und dem Landesverwaltungsamt etwas vorzumachen. Im Übrigen kann ich auch die Risiken, die Herr Geier dargestellt hat im Hinblick auf die Investitionen, die wir dann möglicherweise nicht auf den Weg bringen könnten, nicht nachvollziehen. Ich denke, in der Vergangenheit hat das eindeutig gezeigt, dass wir die Investitionen auch in Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung auf den Weg bringen können.

Also um es kurz zusammenzufassen. Die Grüne Fraktion kann der Beschlussvorlage zum Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Dankeschön.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Danke Herr Weihrich. Es sind doch mehr als 5 Minuten geworden, aber war ja möglich. Jetzt Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale):
Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte! Liebe Oberbürgermeisterin, es ist Ihr Nachtragshaushalt, der der Stadtverwaltung. Ich kann gleich vorab sagen, unsere Fraktion wird diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Die Begründung liefern wir sofort auch nach.

Es ist nicht so, dass wir etwas dagegen haben, dass wir jetzt ein 14 Mio. € gemindertes Defizit im Haushalt hätten. Das ist ganz sicher nicht der Fall. Wogegen wir aber etwas unzweifelhaft haben, ist z. B. auch heute wieder die ausgesprochenen vorsichtigen Drohungen, dass wenn ihr denn jetzt nicht zustimmt, dann werden aber bei den Freien Trägern die Messer gewetzt. Und ansonsten wenn ihr heute zustimmt, passiert das nicht. Es gibt für die eine wie für die andere Aussage offensichtlich aber gar keinen Grund.

In dem Zusammenhang bezweifeln wir auch den Umsetzungscharakter und den Willen der unterschiedlichen Aussagen in den beiden Ausschüssen, nämlich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und im Hauptausschuss, welche durch die jeweiligen Verwaltungsspitzenvertreter dort bezüglich der Kürzung im freiwilligen Leistungsbereich der Stadt Halle getätigt wurden.

Nämlich das eine mal hieß es, es kann durchaus sein, dass es so kommt. Und das zweite Mal durch die Oberbürgermeisterin im Hauptausschuss strikte Verneinung, nein das wird nicht passieren. Nur dann, wenn ihr nicht zustimmt, weil dann muss ich über die Haushaltssperre mir ja das Geld holen.

Ich denke, wir haben aber im Hauptausschuss so eine konstruktive Diskussion zu diesem Fall gehabt. Und Herr Bönisch hat das wunderbar geschildert, er fühlt sich wie zwischen Pest und Cholera. Und das Grundübel ist - und das hat er auch schon heute mal gesagt - das Grundübel dieses Nachtragshaushaltes besteht eigentlich darin, dass wir der Oberbürgermeisterin leider Gottes freie Hand ließen. Und sie einfach mal ein Angebot von der Hälfte des Defizits damals gemacht hat, ohne zu wissen, wo diese Hälfte, also sprich die 14 Mio. € dann wirklich herkommen sollen. Denn untersetzt ist es ja nicht wirklich bis zum heutigen Tag, ansonsten hätten wir keine globale Minderausgabe, die wahrscheinlich auch noch traumhaft ist, dass sie dann erfüllt wird.

Vor diesem Hintergrund, insbesondere auch der Zahlen, die Sie uns nachträglich geliefert haben, nach dem dünnen Papier zum Nachtrag, die genauso wenig, wie Herr Bönisch das hier und auch Herr Weihrich charakterisiert haben, einen wirklichen Überblick über die Entwicklung des städtischen Haushaltes in der Verwirklichung in diesem Jahr geben, so dass man da nicht sachgerechte Informationen daraus erhalten kann.

Deswegen können wir diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Wir haben erhebliche Zweifel was das Vorgehen der Stadtverwaltung betrifft bei diesen 3,7 Mio. €. Wir haben erhebliche Zweifel was den Bereich KITA betrifft und die dort geplanten Einsparungen, nicht die Mehreinnahmen, die sind gesetzlich definiert, wie sich das berechnet und das kommt und das kriegt die Stadt. Die 2 Mio. €, die dort eingespart werden, sind uns ja auch erläutert wurden. Es ist ja nicht so, dass die Kosten nicht entstehen, sondern der Kostenausgleich soll erst im nächsten Jahr entstehen. Und das halte ich erstens für rechtlich ziemlich zweifelhaft und zweitens die Aussage, die Herr Kogge in dieser Diskussion zum Haushalt da getroffen hat, das wäre in der Vergangenheit schon immer so getan wurden, müssen wir hier strikt widersprechen. Das ist eben nicht der Fall.

Und deswegen können wir dieser Vorgehensweise auch so nicht folgen. Und wie gesagt insgesamt zweifeln wir auch diese Zahl an, dass die überhaupt zustande kommen kann. Immerhin sind 1 Mio. € beim Eigenbetrieb KITA mehr als 50 % seiner Gesamtausgaben für einen Monat. Wie der arme Kerl das zustande bringen soll, selbst wenn er erhöhte Einnahmen aus den Gebührenerhöhungen bis zu dem Zeitpunkt realisieren kann, glaube ich nicht an diese 1 Mio. €, die dadurch wegfällt, weil parallel dazu ab November auch höhere Personalkosten wirken. Das muss man ja zumindest mal dagegen rechnen. Also ich zweifle diese Zahlen sehr stark an in diesem Bereich.

Des Weiteren in den neuen Zahlen, die wir erhalten haben, waren interessante Anmerkungen zu lesen, z. B. auch was die Theater GmbH betrifft. Wir waren ja alle froh über den Haustarifvertrag und die Einsparungen, die dort darüber zu erwarten sind, diese 1,7 Mio. €. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Aber und das war deutlich, wenn man sich die Einnahmen anschaut und dazu die Entwicklung der Zuschauerzahlen im ersten Halbjahr im Vergleich auch zu den Vorjahren, dann wird deutlich, dass also hier ein erhebliches Risiko der Kostendeckung in diesem Bereich entsteht.

Und ich glaube, dass wir einen Teil der Einsparungen, die wir über den Haustarifvertrag erzielen konnten, dazu verwenden werden müssen, um die tatsächlich entstehenden Kosten, die geplant - laut Wirtschaftsplan ja auch bestätigt - sind, dann auch in der Pflicht sind zu decken. Und dass hier also ein weiteres Risiko für diese 14 Mio. € geplante Absenkung des Defizits besteht, diese Unwägbarkeiten und diese nach unserer Auffassung teilweise auch falschen Aussagen durch die Stadtverwaltung lassen es uns politisch also für nicht sachgerecht halten, dass wir als Fraktion einem solchen Nachtragshaushalt, der also doch wirklich viele Zweifel offen lässt, zustimmen können. Wir werden es nicht tun.

Ach so, einen Nachsatz möchte ich noch machen. Semesterticket halte ich - das war ja auch unsere Ansage schon im Hauptausschuss, also auch jetzt nach wie vor und wenn es dann bloß 150.000 € sind, die man hier möglicherweise einspart - für falsch, wenn man es an dieser Stelle tut. Weil hier sollten wir wirklich nicht kleckern, denn die positiven Folgen, die wir in den zwei Jahren oder ab 2 Jahren nach diesem Jahr dann erzielen können möglicherweise über die FAG-Bemessungsgrundlagen, die sollten wir nutzen und dort nicht so kleinkariert nur an den nächsten Tag denken, sondern auch mittelfristig ein Stückchen weiter sehen. Denn dort ereilen uns möglicherweise ja noch ganz andere Größenordnungen, über die wir nachdenken werden müssen, wenn es um Defizite in diesem Haushalt geht, wenn es darum geht, dass die Bundesergänzungszuweisung in den nächsten Jahren erheblich nach unten gehen werden bis zum Jahre 2019 und zwar in größeren Schritten als es bisher seit dem Jahr 2007 schon erfolgt ist. Die natürlich dann auch spürbar werden.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Land Sachsen-Anhalt die 1:1 schultern wird im Interesse der Kommunen. Und davon wird dann sicherlich auch einen großen Schluck aus der Bulle die Stadt Halle nehmen müssen. Also müssen wir alles tun, die Rahmenbedingungen hier zu verbessern. Und dazu gehört für mich also eben auch, dass man dieses Semesterticket nicht antastet.

Ich bitte die Verwaltung dringend, davon abzugehen, hier Streichungen vorzunehmen, auch dann, wenn wir diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Herr Krause bitte.

Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale):
Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird zustimmen. Wir haben auch viele Fragen im Laufe der Diskussion gehabt und die sind auch nicht abschließend beantwortet.

Und ich hatte auch einen Vorschlag gemacht zum Verfahren, was sozusagen die Umsetzung betrifft der 3,75 Mio. € globale Minderausgabe, so wie sie zunächst erst mal vorläufig vorgeschlagen bzw. untersetzt ist. Dass wir, wenn es sozusagen in bestimmte, aus unserer Sicht, prikäre Bereiche geht. Das sind die Bereiche, wo es dann also auch politische Dimensionen annimmt, wenn Kürzungen bei Vereinen und Verbänden etc. vorgenommen werden sollen, dass wir da schon als Stadträte in dem Verfahren gern rechtzeitig informiert sein wollen bzw. auch eine Gelegenheit haben müssen, unser Veto einzulegen.

Diese 3,75 Mio. € - ich habe es schon gerade angedeutet, welche Brisanz auch wir darin sehen - sind aber in der Verhältnismäßigkeit zu den 82 Mio. €, die Herr Geier eben gerade noch mal dargelegt hat, zu sehen. Und wir sind der Auffassung nach Interpretation des Schreibens des Landesverwaltungsamtes, dass wir eben keinen genehmigten Haushalt haben. Sondern, dass die Beanstandung zurückgenommen worden ist mit der Auflage im Grunde, diesen Nachtragshaushalt unverzüglich zu beschließen. Und dann wäre sozusagen die Haushaltsgenehmigung vom Landesverwaltungsamt gültig. Das ist unsere Interpretation.

Und wir können es nicht verantworten, dass Projekte, die sozusagen über den Verwaltungshaushalt laufen, möglicherweise - nicht alle sicherlich - doch so wie sie geplant sind, blockiert werden in einer doch dargestellten Größenordnung, die sozusagen auch konjunkturanreizend in dieser Stadt und ihrer Umgebung wirken sollen. Denn neben dem, was im Haushalt sowieso drin steht, wird ja, wenn ich das richtig verstanden habe, wird der Eigenanteil ja auch noch mal über den Nachtragshaushalt abgesichert, so dass in der Tat diese 82 Mio. € da relevant sind und wir noch nicht wissen, was im zweiten Halbjahr diesen Jahres und auch im ersten Halbjahr 2010 konjunkturell wirklich passiert.

Es ist dringend nötig, dass wir sozusagen alles das umsetzen können. Viele Bedenken, die Stadträte hier auch vorher geäußert haben, teilen wir natürlich auch, speziell mit Blick auf die Straßen und die Schulen, auch andere Bereiche sehen wir auch, dass hier keine unverhältnismäßigen Einsparungen vorgenommen werden dürfen.

Allerdings habe ich verstanden oder gehört - in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ist das dargestellt worden -, dass im Grunde diese 3,75 Mio. € als eine Größenordnung sozusagen von der Verwaltung vorgeschlagen wird, die auf einem Erfahrungswert des Vorjahres basiert. Das ist also nicht nur ganz aus der Luft gegriffen. Zugegeben da sind offensichtlich auch Maßnahmen dabei, die geschoben werden, geschoben worden sind und wieder mal geschoben werden und irgendwann hört es auch mal auf, dass man schiebt.

Der Herr Bönisch hat es ja vorhin mit den Computern angedeutet. Das sehen wir auch so. Irgendwann muss man sich dann eben neue Computer und neue Software oder was auch immer dann sozusagen da nötig ist, anschaffen. Und dann hört das mit dem Schieben auf.

Wir reden aber jetzt über den Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr. Wir werden wie gesagt zustimmen. Freuen uns auch, dass sozusagen das Semesterticket aus der Liste raus ist. Ich habe das so verstanden, dass das Semesterticket stattfindet in der Größenordnung, wie es dieses Jahr noch gebraucht wird. So und wenn das so ist, können wir dann damit auch einverstanden uns erklären. Also so wie die Anmeldungen laufen in diesem Jahr noch, habe ich verstanden, wird das noch ausfinanziert. Der Rest geht sozusagen in den Konsolidierungsansatz rein.

Und wenn das so ist, können wir damit gut leben. Das war immerhin auch ein Antrag der SPD-Fraktion. Ich bin froh, dass das sozusagen raus ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Herr Häder bitte.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:
Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren! Es ist keine leichte Entscheidung, die wir heute zu treffen haben. Das ist deutlich geworden, schon bei der Einführung durch Herrn Geier, wo mehr oder weniger dann doch wieder sanfter Druck ausgeübt wurde und gesagt, was alles passiert, wenn wir heute dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Und es ist nun mal eine gerade für uns Stadträte sehr unangenehme Situation, wenn uns dann immer gesagt wird, eigentlich habt ihr keine Wahl.

Herr Bönisch hat es auch noch mal zum Ausdruck gebracht, es ist letztlich Pest oder Cholera. Und das ist eine Situation, wo ich dann sage, das ist dann auch kein Problem vom Glauben. Also ich würde es nicht auf eine Glaubensfrage herunter brechen wollen, ob wir jetzt der Stadtverwaltung glauben, dass sie 14 Mio. € einsparen kann oder nicht. Sondern letztlich viel mehr der Punkt, gelingt es uns hier die Stadt am Leben zu halten und auch einen Haushaltsvollzug zu ermöglichen.

Und da sind wir an dem Punkt, wo wir dann genau zu dem kommen, was auch Herr Bönisch schon angesprochen hat. Entweder wir lassen der Oberbürgermeisterin insgesamt freie Hand oder nur bei einem sehr begrenzten Bereich. Deswegen ist bei uns in der Fraktion eine Tendenz da, dem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Allerdings unter einer Bedingung. Die wurde von Frau Szabados auch schon im Hauptausschuss angesprochen. Dort wurde die Aussage getroffen, dass keine Streichungen bei den freiwilligen Leistungen erfolgen. Herr Dr. Meerheim will es nicht glauben, ich würde gern der Stadtverwaltung vertrauen. Wenn Sie die Zusage auch hier noch mal zu Protokoll geben würden.

Und zum zweiten haben wir noch mal eine Nachfrage zu der Einsparung im Bereich KITA, zu den 2 Mio. €. Herr Dr. Meerheim sprach zwar an, dass es dazu schon eine Antwort gab. Da hat er dann immer einen Wissensvorsprung zu den Stadträten, die nicht im Hauptausschuss oder im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sind, so dass ich da doch Herrn Kogge darum bitten würde, das noch mal kurz darzulegen, da wir dort auch gewisse Bauchschmerzen haben, ob das tatsächlich erreichbar ist.

Ansonsten denke ich, ist zu dem Nachtragshaushalt alles gesagt und dann möchte ich die Rede auch nicht unnötig in die Länge ziehen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Herr Kley bitte.

Herr Kley, FDP-Fraktion:
Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 10 Jahren ist nun ein ähnliches Ritual hier im Stadtrat üblich. Jede Haushaltsdiskussion wird von der Verwaltung immer mit der Anmerkung beschlossen, wenn dieses nicht so hier mitgetragen wird, dann müssen die armen Vereine verhungern, dann gibt es kein Geld mehr.

Wir kennen diese Politik des cidero zenso. Wir hatten als Folge damals die 3 punischen Kriege. Aber ich nehme mal an, dass hier nicht beabsichtigt ist, gen Magdeburg zu ziehen, auch wenn der ein oder andere versucht, immer mit dem Finger in die andere Richtung zu weisen, anstatt die eigenen Versäumnisse einmal aufzuarbeiten.

Und wenn man sich den Nachtragshaushalt anschaut, dann stellt man fest, dass hier offensichtlich im Bereich der Haushaltskonsolidierung sehr wenig bis gar nichts getan wurde. Sie haben ja allein 9 Mio. € drin, die selbst wenn wir das nicht beschließen, offenkundig kommen müssen. Die Zinseinsparung wird kommen, weil der Herr Geier kaum schlechtere Verträge schließen wird als es ihm möglich ist.

Die 2,5 Mio. € Überweisung nach KiföG vom Vorjahr die kommen einfach so, die kann die Stadt auch nicht zurückschicken. Und wenn der Herr Kogge einigermaßen glaubwürdig ist, dann spart er auch noch zweimal jeweils 1 Mio. € im Bereich der Kindertagesstätten ein. Wobei ich hier mit dem Kollegen Herrn Dr. Meerheim übereinstimme, dass diese Berechnung sehr grenzwertig ist. Und ich glaube zum Jahresende werden wir über das Thema noch mal reden. Es sind noch einige andere Positionen drin, die auftreten, egal ob hier etwas beschlossen wird oder nicht.

Aber es ist an keiner Stelle ein Umsteuern zu erkennen. Es ist kein klarer Einsparvorschlag, der wirklich besteht. Es ist eine globale Minderausgabe in Höhe von 5 %, die über 1 Jahr durchaus erreicht werden kann. Deswegen war auch unsere Forderung nach den Mittelabflusslisten. Und wer sich die einmal anschaut, der stellt fest, dass hier auch zu Zeiten eines rigiden Haushaltsvollzuges offensichtlich kaum gespart wurde.

Hier fand ein Abfluss statt in allen Bereichen. Schaut man sich die Personalkosten an, hat man hier noch eine völlige Verwischung, denn wir wissen genau, es gibt einige Bereiche dort ist deutliche Unterversorgung mit Personal. Da sehe ich in den Listen nicht, dass weniger Geld abgeflossen ist, sondern hier läuft über den Sammelnachweis immer noch eine Vertuschung, wo mehr Personal ist und wo weniger. Hier muss mal eine Klarheit rein, auch für den Rat, damit das nachvollzogen werden kann.

Auf der anderen Seite sind in den globalen Minderausgaben uns Vorschläge gemacht wurden. Es ist schon angesprochen worden, wie etwa das Semesterticket zu reduzieren und da fragt man sich ernsthaft, wie hier die Wirtschaftspolitik in dieser Stadt sein soll, wenn die Universität, der große Freund, der in allen Sonntagsreden beschworen wird, an dieser Stelle einfach abgeschoben wird, wenn die weitere Anwerbung von Studenten unterbleibt. Das sind Kernpunkte, die wirklich später mal zur Haushaltssanierung dienen können, die wir hier nicht sehen.

Und auch die Diskussion, ob ich bei den freiwilligen Leistungen, und wer sich mal die Abflusslisten bei den Sachkosten anschaut, der stellt fest, dass hauptsächlich im Sportbereich nichts abgeflossen ist. Wer dort anfängt zu sparen, der braucht sich natürlich nicht wundern, wenn später bei den Sozialkosten, die dann als sogenannte Pflichtleistungen gelten, das Geld massiv abfließt, weil frühzeitig versäumt wurde, hier die Jugendlichen mit einzubeziehen, weil den Menschen keine Möglichkeit gegeben wurde, sich hier in dieser Stadt wiederzufinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Haushalt zeugt nicht von Kreativität in der Frage der weiteren Gestaltung der Stadt und bei zukünftigen Einsparvorschlägen, sondern lediglich in der zeichnerischen Kreativität. Und deshalb können wir diesem Entwurf nicht zustimmen. Ich danke Ihnen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Fraktionen haben gesprochen. Frau Oberbürgermeisterin hat nun das Wort. Oder Herr Kogge für die konkrete Nachfrage von Herrn Häder. Herr Kogge, sind Sie da bereit? Bitte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:
Wir haben ja die Situation wie folgt gehabt, dass wir in diesem Jahr uns über den Bereich der Finanzierung der Kindertagesstätten an mehreren Stellen schon intensiv auseinandergesetzt haben.

Wir haben die Situation, wie Sie richtig verschiedentlich auch schon betont haben, dass wir die 2,5 Mio. € aus dem Sozialministerium bekommen haben. Die werden einfach durchgereicht, weil mehr Einnahmen nicht zu mehr Ausgaben führen.

Wir haben die lange Diskussion zu der Frage der Gebührenerhöhung gehabt. Die Gebührenerhöhung ist von den Freien Trägern ebenso im Wesentlichen von allen - es gibt eine kleine oder zwei kleine Ausnahmen - umgesetzt. Und zwar nicht umgesetzt in großen Zeitabständen, sondern sehr zeitlich nah. Also im Wesentlichen war das etwa 3 Wochen nach dem Beschluss hier im Stadtrat bei den meisten Trägern durch.

Und dann quasi kann man erkennen, wie momentan die Einnahmen auf dem Bereich Gebührenseite ist und die Situation momentan der Ausgaben auf der anderen Seite. Wir haben hier in diesem Bereich klar zu erkennen, dass beide zweimal 1 Mio. € Einnahme durch den Bereich der Gebührenerhöhung kompensiert wird.

Wie geschieht das? Die Gebührenerhöhung ist momentan die Einnahme, die bei den Freien Trägern bzw. bei den öffentlichen Trägern im Rahmen des Eigenbetriebes erfolgt. Die Differenz wird von uns erstattet. Das heißt, die Gelder der Elternbeiträge laufen nicht bei auf unseren Konten ein, die laufen bei den Freien Trägerkonten ein und die Differenz des Defizits gleichen wir aus.

Wir haben die Situation an der Stelle, dass wir momentan davon ausgehen Abschluss 30.06. in diesem Jahr, II. Quartal, klare Aussage, dass wir am Ende des Jahres zur Zeit die Linie nicht reißen, sondern die 2 Mio. € erbringen können. Das heißt, dass wir konsolidierend den Wunsch auch schaffen.

Ein letzter Punkt. Es ist wiederholt gesagt wurden die Tariferhöhung. Sie wissen, die Tariferhöhungen gelten für den 01.11.2011. Sie wissen, dass unser Haushalt, das bin ich auch schon mal gefragt wurden, 12 Monate zwar beinhaltet, in diesem Bereich der Abrechnung aber wir bei diesem Bereich immer zu November gehen. Das ist auch nichts Neues, das hat Halle schon seit langem gemacht, weil Kassenschluss sein muss und nachher abgerechnet werden muss. Das heißt, wir haben dieses Jahr im Rahmen des öffentlichen Trägers eine Größenordnung von 149.000 € für den Bereich der Tariferhöhung enthalten minimum. Maximal sind wir momentan in der Größe bei knapp 210.000 € bis 230.000 €. Da sind wir aber dabei, alles genau noch mal nachzurechnen, weil jede Gehaltsstelle oder jede Personalkostenstelle wir extra anfassen müssen und hochrechnen.

Wir gehen davon aus momentan: Ist die Sache so händelbar? Auf der anderen Seite ist das immer die Situation eine prognostische Antwort zu finden. Und die prognostische Antwort heißt auch das offen zu sagen, was momentan drin ist. Im Moment sehen wir das für das Machbare. Und ich sage mal, es gibt momentan und gab im Kindertagesstättenbereich schon schlimmere Tage als diesen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Frau Oberbürgermeisterin bitte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:
Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Stadträte! Ich kann Ihnen nicht ersparen, noch mal kurz in die Historie zu gehen. 2007 hat der Stadtrat eine Haushaltskonsolidierung beschlossen. Und in dieser Haushaltskonsolidierung war geplant, das Haushaltsjahr 2009 mit einem Defizit von 6,8 Mio. € abzuschließen.

Der Haushalt, der hier verabschiedet worden ist, war aber weit von diesen 6,8 Mio. € entfernt. Da standen nämlich 28 Mio. €. Soweit zu der Glaubwürdigkeit der Stadt Halle. Das ist natürlich etwas, was eine Kommunalaufsicht, was ein Innenministerium bewerten muss. Wir hatten damals diese Entscheidung so getroffen.

Wir haben im Übrigen im Jahr 2008 um 3,5 Mio. € günstiger abgeschnitten als geplant. Das heißt wir haben im Jahr 2008 sehr stringent gewirtschaftet. Wir haben die Ausgaben getätigt, die notwendig waren. Und, Herr Kley, wir haben strukturell wirklich gespart. Wir haben den Haushalt unter dem geplanten Defizit abgeschlossen. Das geht manchmal ein bisschen unter.

Wir haben Ihnen einen Haushalt vorgelegt, der über diesen Sparzielen lag, d. h. über den 6,8 Mio. € Defizit für 2009. Das hatte gute Gründe, die man auch gegenüber der Kommunalaufsicht vertreten kann. Da waren Tariferhöhungen und da waren andere von uns nicht zu beeinflussende Dinge. Und damals als wir die Mittelfristplanung, also das Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt haben, waren auch bestimmte Dinge noch nicht abzusehen. Das ist eine gute Begründung, warum der Altdefizitabbau gestreckt wird. Diese Begründung - denke ich - ist auch bei der Kommunalaufsicht angekommen.

Nun ging es darum: Wir hatten die Beanstandung bei den 28 Mio. €, eine schlicht und einfache Beanstandung des Haushaltes. Und nun muss es uns doch daran gelegen sein, dazu zu kommen, dass der Haushalt nicht beanstandet ist. Denn, das vergessen wir immer wieder, wir werden nie einen genehmigten Haushalt bekommen, sondern es geht nur darum, keinen beanstandeten zu haben. Und damit haben Sie die Genehmigung für eine Kreditaufnahme. Und so lange wir in der Beanstandung sind, haben wir diese Genehmigung für die Kreditaufnahme nicht. Das heißt wir können aus dem Vermögenshaushalt keine neuen Vorhaben beginnen. Und wir haben Ihnen die Liste mitgegeben von den Vorhaben, die wir auch gerne jetzt auf den Weg bringen würden, weil die Zinsen im Moment sehr günstig sind.

Das heißt wir haben jetzt einen Haushalt vorgelegt und ich möchte das noch mal in aller Deutlichkeit sagen: der ist untersetzt und für diese 3,7 Mio. € globale Minderung, da haben wir Ihnen die Schwerpunkte genannt. Und da sind keine Kürzungen bei den bereits beschlossenen freiwilligen Leistungen dabei. Das geht hier eindeutig draus hervor.

Das Semesterticket wird laufen. Ich mache Ihnen das an einem Beispiel fest. Die 250.000 €, die im Plan standen für das Semesterticket, das wäre für 1.300 Studenten, die da kommen und sagen, wir melden uns nach Halle um. Wir sind jetzt der Meinung nach den Anträgen, die vorliegen, nach dem was läuft, dass wir im Jahr 2009 einen Abfluss haben, vielleicht von 100.000 €. Damit kann das Semesterticket laufen, denn wir haben ja damals hier begründet und der Stadtrat hat dem zugestimmt, dass uns das mittel- und langfristig wirklich etwas bringt.

Weiterhin, Herr Bönisch hat es angesprochen, zur Straßenunterhaltung: Natürlich dort wo Gefahr im Verzuge ist, dort wo was aus Gefahrenabwehrgründen zu machen ist, dort werden wir das tun.

Ich gehe davon aus, dass wir in der Haushaltsumsetzung bei wirklich stringenter Haushaltsführung über diesen 3,7 Mio. € globale Minderung liegen werden. Und dann wird die Straßeninstandhaltung dort das letzte sein, was wir angreifen, was wir anfassen. Wir wollen doch auch, dass die Straßen instand gesetzt werden. Und dass was als Gefahrenabwehr notwendig ist, ist ohnehin eine Pflichtaufgabe.

Dann kommt noch der nächste Punkt, die Schulausstattung. Wenn Sie dort mal hinschauen, was dort steht. Da haben wir eine Reduzierung von 120.000 €. Es geht um Umzüge, um Schülerunfallversicherung, um Sperrmüllentsorgung. Das ist eine Einschätzung, die wir vornehmen, dass wir sagen, da brauchen wir wahrscheinlich die 120.000 € nicht. Das heißt, es geht im Endeffekt gar nicht um Ausstattung von Schulen, sondern es geht um diese Aufgaben, die hier stehen, wo wir jetzt durch den Haushaltsabfluss einschätzen können, hier gibt es noch eine Möglichkeit, die Ausgaben zu reduzieren.

Und Herr Weihrich, Ihr Hinweis, so mal locker einzusparen. Es geht nicht um locker einsparen, sondern es geht darum, sich wirklich jede Haushaltsstelle genau anzugucken und realistisch Mitte des Jahres einzuschätzen, wie würde es zum Ende des Jahres aussehen. Das kann man noch nicht, wenn man den Haushalt aufstellt. Da sind noch bestimmte Unwägbarkeiten drin, die man natürlich zur Jahresmitte besser einschätzen kann.

Und das Signal nach Magdeburg, dass nämlich die Zuweisungen, die wir bekommen über den allgemeinen Finanzausgleich, dass die zu niedrig sind, dass wir damit unsere Aufgaben nicht mehr erfüllen können, dieses Signal ist doch deutlich gegeben. Wir werden nicht abschließen mit 6,8 Mio. € wie geplant. Sondern wir werden, wenn das so gut geht und wenn wir den Nachtrag so durchkriegen und wenn das dann am Jahresende dann auch 14 Mio. € Reduzierung sind, schließen wir immer noch mit minus 14 Mio. € ab, meine Damen und Herren.

14 Mio. € minus sind keine 6,8 Mio. €. Ich glaube, das Signal in Richtung Magdeburg, dass wir unterfinanziert sind, das ist trotzdem deutlich. Aber so denke ich, wir müssen auch nachweisen, dass wir unsere Mittelfristplanung in Verbindung mit der Haushaltskonsolidierung umsetzen, dass wir da wirklich dran arbeiten und dass wir glaubwürdig sind.

Deswegen ist noch mal wirklich meine Bitte. Stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu. Ansonsten natürlich wird das mit den Einsparungen so laufen, da haben Sie doch völlig Recht Herr Bönisch. Ich stehe doch dann alleine dafür da, diesen Haushalt umzusetzen. Und ich werde dann diese Einsparungen sowieso vornehmen.

Aber was wir nicht haben werden, wenn der Haushalt beanstandet bleibt, wir haben keine Kreditermächtigung. Und das ist das Problem. Da kann ich dann vielleicht wegen jeder Einzelmaßnahme zum Landesverwaltungsamt gehen. Aber im Hinblick auf Glaubwürdigkeit wird man mir dann erzählen, na also bringt doch erstmal eure Geschichten in Ordnung.

Und ich weiß nicht, ob wir dann in einer Zeit, wo wir unbedingt investieren sollen und müssen und auch wollen, ob wir dann die Kreditermächtigung kriegen. Es geht sowohl um das Konjunkturpaket, obwohl es da eine Lockerung gibt, aber trotzdem, auch im Konjunkturpaket ist die Aufnahme von Krediten notwendig. In den ganzen Unterlagen, die wir bekommen haben, ist ein bestätigtes Haushaltskonsolidierungskonzept notwendig. Und dieses bestätigte Haushaltskonsolidierungskonzept haben wir dann nicht mehr, wenn wir jetzt einen beanstandeten Haushalt behalten. Dann ist nämlich automatisch auch das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht umgesetzt.

Also meine Damen und Herren, denken Sie bitte an die Stadt Halle. Denken Sie daran, dass es hier weitergehen muss. Stimmen Sie diesem Nachtrag zu. Wir werden in den Ausschüssen berichten wie der Stand ist. Wir werden im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften den Haushaltsvollzug darlegen. Ich habe auch erkannt, wo auch der Rat an den unterschiedlichen Stellen noch Bauchschmerzen hat. Sei es beim Semesterticket, das habe ich erläutert. Sei es bei den Straßen. Sei es bei der Schulausstattung oder sei es bei den freiwilligen Leistungen. Das können wir so zu Protokoll nehmen, wie ich das jetzt hier dargelegt habe - das ist belastbar.

Aber tun Sie uns allen einen Gefallen, sagen Sie „Ja“ zu diesem Nachtragshaushalt. Denn ansonsten schaden Sie der Stadt Halle.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Ich sehe eine weitere Wortmeldung. Herr Häder bitte.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:
Mal eine Nachfrage zu den freiwilligen Leistungen. Gesagt dazu haben Sie jetzt nichts. Sie haben es jetzt bloß zum Schluss gesagt, dass kann man so zu Protokoll nehmen, aber ohne dass da ein Inhalt dahinter stand.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:
Dann sage ich es noch mal, Herr Häder. In den Sparmaßnahmen sind keine freiwilligen Leistungen drin. Die freiwilligen Leistungen so wie sie im Haushalt beschlossen sind, wie sie in den unterschiedlichen Ausschüssen schon bestätigt sind, würden dann so zum Tragen kommen. Das heißt hier ist keine Einsparung bei den jetzt beschlossenen freiwilligen Leistungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.
Eine Auszeit möchte die CDU-Stadtratsfraktion. Wir treffen uns hier in 5 Minuten wieder.

Der Stadtrat nahm eine Auszeit von 7 Minuten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
So meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch die Türen zu schließen und Platz zu nehmen.

So meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Alle Fraktionen haben gesprochen.

Herr Bönisch bitte.

Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion:
Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren! Wir haben uns also jetzt noch mal ausgetauscht über das, was hier noch mal gesagt worden ist und dass was wir inzwischen in Papierform zusätzlich bekommen haben.

Es bleibt für uns die schwierige Entscheidung. Wir sind wirklich nicht sehr glücklich damit, wir sind auch nicht sehr glücklich mit dem Weg, den die Oberbürgermeisterin beschritten hat beim Einspruch. Aber das ist jetzt Schnee von gestern. Das ist durch, das müssen wir jetzt hier nicht noch mal besprechen.

Es ist für uns eine schwierige Entscheidung. Wir werden nicht einheitlich stimmen, aber wir werden den Nachtragshaushalt nicht ablehnen und der größte Teil der Fraktion wird zustimmen.

Wir bitten aber in dem Kontext und das mal ganz deutlich gesagt, dass wir den nächsten Haushalt für das Jahr 2010 sehr frühzeitig beginnen mit einer sehr intensiven Diskussion, damit wir uns nicht wieder in so eine Sackgasse begeben und dann am Ende auch wieder als unglaubwürdig da stehen, wenn wir zuerst sagen, es müssen 28 Mio. € Defizit sein und später sagen wir, ach 14 Mio. € tun es auch. Also eine sehr langfristige gründliche Vorbereitung der nächsten Haushaltsdiskussion erbitten wir und die Zusagen, die Sie hier gemacht haben bezüglich der Einzelpositionen, die angesprochen worden sind und dann wie gesagt wird die Mehrheit der Fraktion zustimmen. Vielen Dank.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Ich gehe davon aus, dass Sie abstimmungsbereit sind. In den Ausschüssen ist darüber nachgedacht wurden, so dass wir jetzt den Sack zubinden können.

Wer der Beschlussvorlage TOP 5.1 der Verwaltung Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2009 und Haushaltskonsolidierungskonzept zustimmen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

…Abstimmungsverfahren

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Die Gegenstimmen.

…Abstimmungsverfahren

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Das ist klar weniger.
Enthaltungen.

…Abstimmungsverfahren

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:
Durch diesen Block der Enthaltungen ist es die klare Mehrheit gewesen und der Nachtragshaushalt 2009 und das Haushaltskonsolidierungskonzept sind beschlossen.

Ende des Wortprotokolls.